

Mark Arenhövel

Fischer, Thomas/Krennerich, Michael (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Vervuert-Verlag, Frankfurt am Main 2000, 328 Seiten, 58 DM.

Mit den Demokratisierungsprozessen in Lateinamerika in den achtziger und frühen neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit verstärkt anderen internationalen Schauplätzen zugewandt, ohne dass die politischen, sozialen und ökonomischen Probleme im südamerikanischen Raum gelöst worden wären. Nach wie vor ist dort die individuelle und kollektive Gewalt, ob in Form von Terrorismus, Aufstandsgewalt, staatlicher oder parastaatlicher Gewalt, endemisch. In dem jüngst von Thomas Fischer und Michael Krennerich herausgegebenen Band zur Politischen Gewalt in Lateinamerika werden die unterschiedlichen Gewaltformen in Lateinamerika aus drei verschiedenen Perspektiven untersucht, die – je nach

der wissenschaftlichen Disziplin der Autoren – unterschiedlich gewichtet werden. Erstens geht es um die Klärung dessen, was unter politischer Gewalt verstanden werden soll, und um die Beschreibung der verschiedenen Gewaltformen und ihrer Entwicklung. Zweitens um die Aufdeckung der Hintergründe und Ursachen unterschiedlicher Gewaltphänomene und drittens um mögliche Formen der Auseinandersetzung mit dieser Gewalt. Besonders dieser dritte Aspekt hebt den Band aus der Reihe thematisch ähnlich gelagerter Publikationen hervor, insofern als unterschiedliche Arten der Auseinandersetzung mit der violenten Vergangenheit des ehemaligen Regimes dargestellt und im Hinblick auf die Möglichkeit einer Zivilisierung von Politik und Gesellschaft hinterfragt werden. Diese Mischung aus Beschreibung und theoretischer Reflexion stellt meines Erachtens die Stärke des Bandes dar, der gerade wegen des Versuchs,

aus der Fallanalyse oder dem Vergleich mehrerer Fälle theoretisch fruchtbare Hypothesen oder Schlussfolgerungen abzuleiten, nicht nur Lateinamerikaspezialisten ansprechen sollte.

Er wird auch alle Leserinnen und Leser, die sich für die Probleme politischer Gewalt allgemein und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit politischer Gewalt interessieren. Die Gewaltpotenziale in Lateinamerika, so legen die Beiträge des Bandes dar, entstehen aus sehr verschiedenen Nährböden, doch sie gründen am allerwenigsten in einer spezifisch lateinamerikanischen „Tradition des Autoritarismus“ oder in anthropologischen Grundlagen. Wenn politische Gewalt immer auch Komplexitätsreduktion mit der Waffe ist, wie man in Abwandlung einer These des Politikwissenschaftlers Herfried Münkler sagen könnte, so gelingt es den Autoren, ein ganzes Tableau dieser Komplexität zu entfalten.

In seinem einführenden Beitrag umreißt Michael Krennerich den Rahmen, in den die Beiträge des Bandes gestellt werden. Erwartungsgemäß nennt er als klassische Formen politischer Gewalt die zwischenstaatlichen kriegerischen Konflikte wie auch staatliche und para-staatliche Gewalt. Wichtig ist dabei die Feststellung, dass es auch in den jungen Demokratien zu Menschenrechtsvergehen gekommen ist, was nach wie vor auf die Schwäche rechtsstaatlicher, konstitutioneller Verfahren schließen lässt. Mehr noch: Die Gewalt hat sich in vielfältigsten Formen verselbstständigt und privatisiert und ist zu einer akzeptierten Ressource der Konfliktaustragung geworden. Einzelne Autoren gehen in ihren Arbeiten den Erklärungsmustern für Arten und Ausmaß der Gewalt nach und prüfen sie auf ihre Stichhaltigkeit. Dabei zeigt P. Imbusch, dass für die Länder des Cono Sur die ideologische Konstruktion der „Doktrin der Nationalen Sicherheit“ häufig dazu diente, den Staatsterrorismus der Militärregime zu legitimieren. Ein anderes mögliches Erklärungsmoment sieht Imbusch in der neoliberalen Wirtschaftspolitik, welche unter den spezifischen sozio-ökonomischen Bedingungen La-

teinamerikas die politische Gewalt in der Weise beförderte, dass die ökonomischen Interessen der Oberschicht massiv gegen den Widerstand der benachteiligten Gruppen durchgesetzt wurden und den Repressionsorganen vermehrt die Aufgabe zukam, die sozialen Widersprüche durch massive Gewalt unter Kontrolle zu halten. M. Schulz testet in seinem Beitrag zur politischen Gewalt in Mexiko ebenfalls unterschiedliche Erklärungsmodelle – ihn interessieren vor allem die Ansätze „relativer sozialer Deprivation“ und der „politischen Gelegenheitsstruktur“ wie auch die Relevanz sozialer Netzwerke oder kommunikative Praktiken –, wobei er den Verlauf des Konfliktes in Chiapas auch aus der Perspektive nationaler und globaler Dynamiken betrachtet. Dieser letzte Aspekt dürfte in einer sich globalisierenden Welt zukünftig noch an Relevanz gewinnen. Der Paramilitarismus in Kolumbien, das Problem des Terrorismus in Peru und auch die UN-Intervention in Haiti stehen im Fokus anderer thematisch ähnlich gelagerter Beiträge.

D. Nolte geht in seinem Beitrag über den schwierigen Umgang in Demokratien mit den in den ehemaligen Diktaturen begangenen Menschenrechts-

verletzungen einem Folgeproblem der Gewalt in Diktaturen nach. Er gibt einen Einblick in die Schwierigkeiten der Aufarbeitung der Vergangenheit als Teilkomponente des Demokratisierungsprozesses. Damit wird ein Fragenkomplex beleuchtet, der – unter den Überschriften von „Geschichtspolitik“, „Vergangenheitspolitik“ oder auch „Politik der Erinnerung“ – seit einiger Zeit im Zentrum historischer, politikwissenschaftlicher und soziologischer Untersuchungen steht. Nolte legt dar, dass es nicht um die dichotomen Weberschen Kategorien einer Gesinnungsethik – Menschenrechtsvergehen müssen um jeden Preis geahndet werden – oder eine Verantwortungsethik – der demokratische Prozess darf durch eine rigorose Verfolgung der Menschenrechtsverbrechen nicht gefährdet werden – geht. Vielmehr tut sich jenseits eines Nullsummenspiels von Recht beziehungsweise Moral und Politik ein Bereich auf, in dem die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zur Neugründung der Demokratie und ihrer Konsolidierung leisten kann. Diesen Zusammenhängen geht auch Thomas Fischer vergleichend in seinem Beitrag über die Leistun-

gen und Schwächen der Wahrheitskommissionen in Argentinien, Chile, El Salvador und Guatemala nach. Fischers Ergebnisse laden andere Länderspezialisten dazu ein, Wahrheitskommissionen in ihren areas vor dem Hintergrund seiner Aussagen zu überprüfen. Beiträge zur Justizreform und zur gerichtlichen Straflosigkeit von Menschenrechtsverfahren beleuchten die rechtlichen Probleme, die sich in diesem Kontext stellen.

Ohne den anregenden und informativen Charakter der einzelnen Studien schmälern zu wollen, sei zum Schluss auf zwei Punkte kritisch hingewiesen: In einer Reihe von Beiträgen wird der „Zivilgesellschaft“ die Rolle zugewiesen, jene pazifizierenden Kräfte zu mobilisieren, welche als „Gegengift“ die endemische, unkontrollierte Gewalt letzt-

lich einschränken oder überwinden sollen.

Dabei wird nicht hinreichend deutlich, welche Akteure unter die unscharfe Kategorie der Zivilgesellschaft subsumiert werden können, wie ihre Stärke einzuschätzen wäre und woher sie diese beziehen. Die zweite Anmerkung bezieht sich auf den mitunter unreflektierten Gebrauch des Begriffs der „Vergangenheitsbewältigung“. So unterschiedlich die commemorativen Praktiken auch immer sein mögen, in welcher Form Erinnerung kanonisiert und ritualisiert sein mag, so umstritten ist auch das Ziel jeder als „Vergangenheitsbewältigung“ bezeichneten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, deren grundsätzlich konfliktiven Charakter Hannah Arendt bereits vor mehr als vierzig Jahren betonte. Sie schrieb damals: „Wie

schwer es sein muss, hier einen Weg zu finden, kommt vielleicht am deutlichsten in der gängigen Redensart zum Ausdruck, das Vergangene sei noch nicht bewältigt, und in der gerade Menschen guten Willens eigenen Überzeugung, man müsse erst einmal darangehen, ‚die Vergangenheit zu bewältigen‘. Dies kann man wahrscheinlich überhaupt mit keiner Vergangenheit. Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist, und dann zu sehen und abzuwarten, was sich daraus ergibt.“ Aber damit wären wir bereits mitten in der Debatte über Gewalt, Zivilgesellschaft und Vergangenheitsbewältigung, welche durch das hier rezensierte Buch neue und fruchtbare Anregungen erfahren haben dürfte.

Die sogenannte deutsche Frage

Gibt es etwas in der deutschen Geschichte, was diese spezifische Kultur dazu veranlasst hat, sich in die unbezweifelbar systematischste und ausdauerndste Kampagne des Bösen in der modernen Geschichte zu verstricken? Wenn dies der Fall ist, sollte man die Idee einer Rückbesinnung auf die deutsche Kultur tatsächlich fürchten und bekämpfen und die deutsche Identität lieber verkümmern lassen. Wenn allerdings die schrecklichen Ereignisse des Dritten Reichs auch anderswo hätten stattfinden können, müssen wir alle die so genannte deutsche Frage gründlich überdenken.

Jeremy Rifkin am 18. November 2000 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*